

133249

1919/1933

DUPLIKAT

Gegen Volksschädigung, politische Torheit und Verleumdung

Von

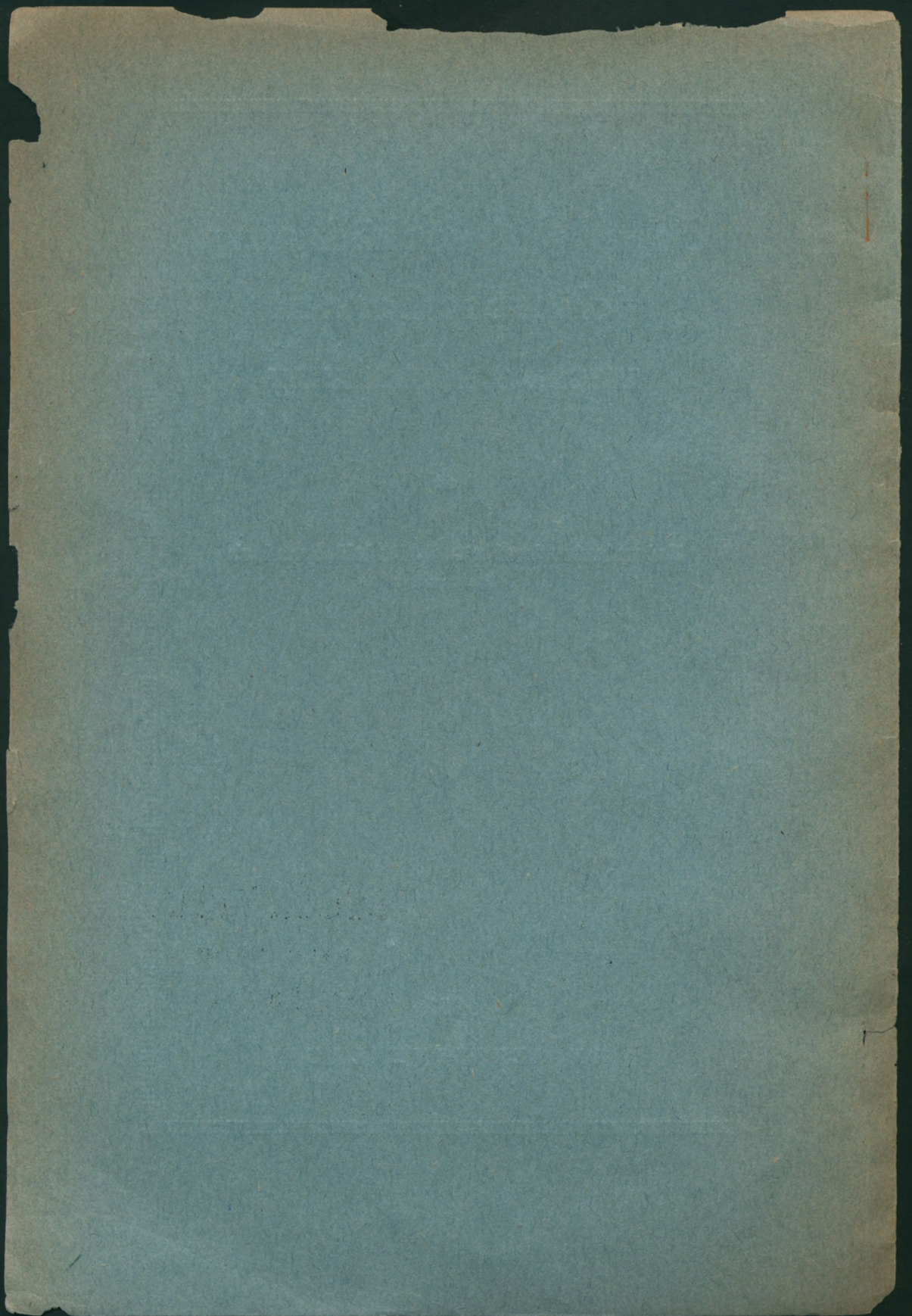
Unterstaatssekretär a. D. Rudolf Brandsch
Abgeordneter



Atadva O Szószéknek
35.568-1940. IV. számú
V. K. M. rend. alapján.

1933

IM SELBSTVERLAG



**Gegen Volksschädigung,
politische Torheit
und Verleumdung**

Von

Unterstaatssekretär a. D. Rudolf Brandsch
Abgeordneter



BIBL. UNIV. CLUJ

2913 - 20. XI. 1933

EXEMPLAR LEGAL

1933

IM SELBSTVERLAG

133249

R
2

ORSZ. SZÉCHENYI-KÖNYVTÁR
Növedéknapló
1943 év 602 sz.

R
1965

I.

Vorbemerkungen.

1. Meine Gegner und ihre Motive.

Es ist bekannt, dass Verdächtigungen und Verleumdungen von Personen, die im öffentlichen Leben stehen, unter uns etwas alltägliches sind. Reichsdeutsche, denen dies schon beim ersten flüchtigen Besuch auffiel, haben mich oft nach der Ursache dieser üblen Erscheinung gefragt. Wenn jemand den traurigen Mut aufbrächte, vor die Öffentlichkeit zu bringen, was unter uns erzählt und entstellt weitergetragen wird, so würden wir schaudern über den Unrat, den pharisäische Klatschsucht, niedere Gesinnung und eine degenerierte Freude an der Beschäftigung mit dem lieben Nebenmenschen auszuweisen vermögen. Bisher wurden diese Dinge nur von Mund zu Mund weitergegeben, so dass die breite Öffentlichkeit davon verschont blieb.

Meinen persönlichen Gegnern war es vorbehalten, all' den Unsinn und Schmutz, den im Laufe der Jahre Dummheit, Böswilligkeit und persönlicher Hass gegen mich und meine Arbeit zusammentrug, vor Volksversammlungen zu bringen und in gedruckten Broschüren zu verbreiten. Wie wird dadurch unserem Volk geschadet! Nach innen versinkt der Rest von Vertrauen in den guten Willen der Führung; nach aussen erzeugt dies Vorgehen Widerwillen und Abscheu bei Freunden und lebhaftere Schadenfreude bei unseren Feinden. Dabei geschieht all' dies im gefährlichsten Zeitabschnitte unserer Geschichte, in dem wir zähen Willen zur Selbstbehauptung und Geschlossenheit nötig haben! Wenn das nicht ein Verbrechen, ja Volksverrat ist, so gibt es keinen!

Nun kann man wohl auf dem Standpunkt stehen: Wir müssen im Interesse unseres Volkes diese Schädigungen in Kauf nehmen; denn es gilt reinen Tisch zu machen oder, wie die Herren zu sagen belieben, eine „reine Atmosphäre“ zu schaffen. Sehr gut. Nur frage ich: Warum greifen diese Herrschaften mich allein heraus und zerren mich allein in unverantwortlicher Art vor die Öffentlichkeit? Warum hüten sie sich, das, was sie über Andere unter sich sagen, und worüber sie Dokumente zu besitzen vorgeben, nicht ebenso ausnützen? Damit will ich bloss die Unmoral und das wahre Motiv andeuten, die diesen Schmutzereien zu Grunde liegen. Das Motiv? Sehr einfach! Mit Besserung der öffentlichen Zustände in unserem Volk, mit Hebung der öffentlichen Moral hat es jedenfalls nichts gemein; denn dann müssten sie, wie gesagt, gegen alle vorgehen, denen sie im Geheimen die übelsten Dinge nachsagen, und müssten vor allem in ihren eigenen Reihen

die Moral befolgen, die sie so laut von ihren Gegnern fordern. Nichts von alledem geschieht. Selbstverständlich nicht; denn der eigentliche Zweck dieser Volksschädlinge ist ein anderer. Sie wollen einfach an die Stelle der bisherigen Volksführung sich selbst setzen. Da sie an chronischer Unfähigkeit leiden, mit neuen Gedanken durchzugreifen, arbeiten sie mit dem Mittel der Verleumdung und Beschimpfung derer, die ihnen im Wege stehen. Ein reichsdeutscher Herr, der heute an führender Stelle steht, sagte mir ganz offen: „Herr Brandsch, es handelt sich doch bei Ihnen unten nicht um Nationalsozialismus und dergleichen. Die Leute wollen auch einmal an die Reihe kommen und die Alten müssen sich eben dagegen wehren. Das ist das Ganze.“ Also das ist es? Um an die Führung zu kommen; um einige Kammermandate zu ergattern, deshalb sollen wir all diesen Stunk über uns ergehen lassen? Deshalb soll unsere Volksorganisation zerstört werden, damit an Stelle von Sachkennern Wirrköpfe und politische Toren treten? Deshalb wird die „Brandschhetze“ in Szene gesetzt, weil man glaubt, ihn am ehesten stürzen zu können, da sich den sogenannten „Nationalsozialisten“ die alten Gegner Brandschs in Hermannstadt zugesellt haben und zwei Abgeordnete von Einfluss mit dieser Campagne einverstanden sind und sie im Stillen fördern? So etwas nennt sich Erneuerungsbewegung? So etwas wagt es, im Namen einer höheren Moral zu sprechen? Wegen der Ergatterung von Mandaten, um Mehrheiten in Ausschüssen von Leuten, deren innere Berufung für diese Rollen noch gar nicht erwiesen ist, soll unser ganzes Volk in Bewegung gesetzt und sollen Leute beschimpft werden, die jahrzehntelang im Volksdienst standen und dafür ihre Existenz zum Opfer brachten? Und glauben die Herren wirklich, dass unsere Bürger und Bauern, dass unser Volk sich das gefallen lassen wird? Dass meine Freunde und ich als Verleumdete und Beschimpfte ruhen werden, ehe wir diese Volksverderber ihrer verdienten Strafe zugeführt haben und zwar mit ihren Hintermännern?

Dass sich unseren Erneuerer-Karikaturen meine alten Hermannstädter Gegner zugesellen und auch in „Atmosphärenreinigung“ machen, wundert mich nicht, obwohl ich wirklich nicht Schuld daran bin, dass noch keiner von ihnen Abgeordneter geworden ist. Man kann doch nicht gut von mir verlangen, dass ich ihretwegen zurücktrete. Die stille Vereinbarung, einen von den Herren im Jahr 1928 in das Parlament hineinzubringen, war unmöglich durchzuführen, trotzdem ich dazu guten Willen hatte. Seither und seit der Wahl Kästners zum Abgeordneten, verfolgen mich diese Herren mit noch größerem Hass. Es kommt hinzu, dass sie in Hermannstadt zur Zeit nicht viel zu sagen haben. Ihrem Aufstieg sind Bürgerabend und ich im Wege. Daher der Kampf gegen uns, den sie im Bunde mit den „Erneuerern“ zu gewinnen hoffen. Diese Herren nährten sich ja ständig von alten Illusionen.

Selbstverständlich darf in den Reihen meiner Gegner Emil Neugeboren nicht fehlen. Er hat nichts mehr zu verlieren. Nun hofft er auf seine alten Tage noch mit Hilfe der Broschüre gegen mich, dessen Name bekannt ist und Interesse erweckt, viel-

leicht in die Höhe zu kommen. Er ist bekannt als der Typu politischer Instinktlosigkeit und als Pechvogel, der meist an die falsche Karte setzt.

Um diesen Mann zu charakterisieren, brauche ich bloss anzuführen, dass er mir, allerdings vor seiner Anstellung in Hermannstadt, ohne jedes Dazutun meinerseits, nach einer Volksratsitzung im Zuge von Hermannstadt nach Kopisch erklärte, dass er meine politischen Meinungen im Wesentlichen teile. Er schrieb mir auch am 4. Februar 1927 den nachstehenden Brief, der bezeichnend ist und so lautet:

„Lieber Brandsch, wie Du weisst, ist schon seit längerer Zeit die Rede davon, dass ich gegebenenfalls wieder zum „Siebenbürgisch Deutschen Tageblatt“ zurückkehre, um dort das Ressort des sogenannten Kulturredakteurs zu übernehmen. Ich habe mich in diesen Tagen entschlossen, mich um die Stelle zu bewerben. Plattner hat mir nahegelegt, und ich habe ihm zugestimmt, den ersten Schritt dazu zu tun, dass die Unstimmigkeiten, die zwischen uns seit Jahren bestehen, aus der Welt geschafft werden. Ich tue dies hier mit der Erklärung, dass mich meinerseits niemals ein persönlicher Hass oder dergleichen gegen Dich geleitet hat. Unsere politischen und faktischen Anschauungen, gehen soweit auseinander, dass Zusammenstöße zwischen uns immer möglich waren und es auch sein würden, wenn ich noch weiter in der Politik verbleibe. Scheide ich aus ihr aus, so sind die Reibungsflächen zwischen uns ausgeschaltet.

Ich hoffe, dass Du nicht annimmst, dieser Brief entspringe meinem Wunsch, mir im Direktionsrat Deine Stimme für meine Anstellung zu gewinnen. Ich weiss aus Deinem Gespräch mit Plattner, dass Du sie mir auch so nicht versagen würdest, und dass selbst in dem unwahrscheinlichen Falle, dass Du es doch tätest, die Möglichkeit besteht, dass ich die Mehrheit bekomme. Aber es widerstrebt mir der Gedanke, meine neue Stelle, die einen Wendepunkt in meinem Leben bedeuten wird, gegen den Willen eines gewichtigen Mitgliedes des Direktionsrates, oder auch nur — wie einstens bei meinem Reichstagsmandat — bei einem blossen „Tolerari potest“ anzutreten. Ich will im Frieden auf meinen Friedensposten einziehen.

Es wird mich freuen, von Dir ein Zeichen dafür zu bekommen, wie Du diese Zeilen aufnimmst. Mit besten Grüßen Dein ergebener Emil Neugeboren.“

Ich glaube, das genügt.

2. Die Methode meiner Gegner.

Die Unmöglichkeit meine Politik sachlich mit Erfolg zu bekämpfen, hat meine Gegner schon vor vielen Jahren dazu verführt, den Kampf auf das persönliche Gebiet zu verlegen. Anfangs war ich noch der jugendliche Stürmer, der sich die „Hörner schon ablaufen wird.“ Dann wurde ich zum gefähr-

lichen Aufwiegler gestempelt, der unser Volk gefährdet und deshalb beseitigt werden muss. Immer von neuem wurden Versuche gemacht, um dies Ziel zu erreichen. Zuletzt bin ich nun der „unmoralische, national unzuverlässliche Uebeltäter.“ Das sagen Leute, die von meinen politischen Ideen heute leben, und zwar im buchstäblichen Sinn dieses Wortes.

Bisher bewegten sich solche Angriffe und Versuche mehr in den geschlossenen Räumen unserer Volksorganisation. In der Oeffentlichkeit wurde doch versucht, den sachlichen Rahmen für politische Auseinandersetzungen festzuhalten. Es waren immerhin noch sachliche Aussprachen über wichtige völkische Fragen. Wohin sind wir dagegen heute gesunken?

Man sehe doch, was zum Beispiel der „Ostdeutsche Beobachter“ treibt! Flugblatt auf Flugblatt voll Verdächtigungen und Beschimpfungen Andersdenkender; niedrige Kriecherei um Stimmenfang, ohne jede neue Idee füllen seine Spalten. Man nehme dazu die Unwahrheiten und das Unterschlagen von Tatsachen in der Broschüre von Neugeboren. Hat ein solches Vorgehen noch etwas mit deutscher und sächsischer Art gemein? Ist das nicht dieselbe hemmungslose Schimpftechnik, wie sie nur in den übelsten Organen der Hauptstadt gegen politische Gegner üblich ist? Wie soll unter uns ein Zusammenarbeiten überhaupt noch möglich sein, wenn sich solche Schmutzereien einbürgern? Wohin sind wir gekommen? Politiker aus fremdnationalem Lager, wie Cuza, Tătărescu, Junian und andere werden von Volksgenossen freundlich empfangen, ja gefeiert, und gleichzeitig die eigenen Volksgenossen gegnerischer Einstellung auf die wüsteste Art beschimpft. In Mediasch ist es jüngst vorgekommen, dass ein Vertreter der „Neuen Zeitung“ mit Cuza sprechen wollte und ein dabeistehender Sachse verhinderte es mit den Worten: „Lassen Sie das; es ist ein Judenblatt.“

Noch ein Wort über die gemeine Art, mit dem Material gegen mich gesammelt wird. Daran beteiligt sich besonders ein Herr in Bukarest, ein Geschäftskompagnon von Otto Fritz Jickeli, wie alle Welt sagt. Er ist durch seine plumpen Intriguen im Aerzteverein, dann sogar gegen eigene Parteigenossen in Berlin — aus einem Judenfreund wurde er plötzlich Nationalsozialist — in weiteren Kreisen unrühmlich bekannt geworden. Dieser Mann erkundigte sich seit Jahr und Tag nach meinen intimsten Privatverhältnissen. Ein Freund von mir teilte mir dies mit. Ich stellte ihn in seinem Büro in Bukarest zur Rede. Er leugnete sein Tun einfach ab. Das genügt wohl zu seiner Charakteristik.

Als ich Unterstaatssekretär war und im „Deutschen Heim“ in der Strada Spiru Haret wohnte, sind zweimal am hellichten Tage Einbrüche bei mir versucht worden. Einmal wurde der Einbrecher durch meine Tochter verscheucht, aber leider nicht erkannt. Mehrmals sind mir wichtige Privatbriefe dort abhanden gekommen.

Ich kann nachweisen, dass durch Sachsen Angriffe gegen mich sowohl in magyrische Blätter, als auch in ein rumänisches Tagblatt hineingebracht wurden.

Nach Berlin wurde die Schmutzbroschüre von Neugeboren an Stellen geschickt, z. B. an Reichsbankpräsidenten Schacht, von denen man annahm, dass ich mit ihnen verhandeln werde. Ich brauche nicht zu schildern, welch katastrophaler Eindruck von uns Sachsen dadurch hervorgerufen worden ist. Zu gleicher Zeit versuchte ein Landsmann, — der Schwager des Kollegen Roth — meine Stellung bei einer offiziellen rumänischen Stelle zu untergraben. Welche politische Kurzsichtigkeit und welche niedere Gesinnung offenbart sich in solchem Tun!

Damit der Humor nicht fehle, hat auch die gewisse Gruppe von Hermannstädtern einen Angestellten des Bürgerabends „veranlasst“, Material gegen mich zu sammeln. Er fragte die einzelnen Wähler ab, welche Klagen sie gegen mich hätten.

Wenn solche Methoden unser Volk erneuern sollen, dann danken wir dafür! Alle Gutgesinnten in unserem Volk müssten sich zusammenschliessen, um dieses lichtscheue Treiben zu unterdrücken.

II.

Meine Politik in Ungarn bis zum Zusammenbruch.

Die Leitgedanken, die mich damals erfüllten, waren folgende:

1. Das ungarische Deutschtum ausserhalb Siebenbürgens muss national erweckt und organisiert werden. Wir Sachsen, die davon Nutzen ziehen, haben als die einzigen national organisierten Deutschen die Pflicht, diese Aufgabe zu erfüllen.

2. Wir Deutsche haben eine Mittelstellung zwischen dem magyarischen Mehrheitsvolk und den übrigen Nichtmagyaren, weshalb die richtige taktische Stellung für uns im Reichstag in einer selbständigen Deutschen Partei zum Ausdruck kommt.

3. Die gegenwärtige Verfassungsform der Donaumonarchie führt zur Auflösung. Daher sind von uns Bestrebungen, die sie ändern wollen und auf eine Umgestaltung der bisherigen Form des Dualismus und eine zentralistische Zusammenfassung der Aussen- und Wirtschaftspolitik und des Militärwesens hinzielen, zu unterstützen.

1. Die deutsch-ungarische Frage.

Die völkische Erweckungsarbeit unter dem Deutschtum in Ungarn war die Idee, die mich vor allem erfüllte, und der Beweggrund dazu, dass ich meinen Pfarrer- und Lehrerberuf aufgab und mich ganz der Politik widmete. Da ich als Direktor einer grossen Schule Jahre hindurch meine deutsch-ungarische Arbeit nur so leisten konnte, dass ich Sonnabends ins Banat fuhr, den Sonntag dort mit Besprechungen zubrachte und am Montag früh wieder den Schuldienst antrat — auf die Dauer ein unmöglicher Zustand — entschloss ich mich, meine Karriere, obwohl sie mir gute Aussichten bot, und mir sehr am Herzen lag, zumal ich damals im Kreise lieber Kollegen die

schönste Zeit meines Lebens verlebte, die Stelle eines Parteisekretärs der deutsch-ungarischen Bewegung anzustreben. Ich wandte mich an Edmund Steinacker, der damals die Fäden der Bewegung in Händen hatte; doch erhielt ich einen ablehnenden Bescheid, vor allem, weil man mir die auf mehrere Jahre verlangten 200 Kronen Monatsgehalt nicht geben konnte. Von diesem Zeitpunkt an dachte ich an ein Reichstagmandat, das mir am meisten Freiheit zur Ausübung der geplanten Tätigkeit versprach. Nach dem Tode Lindners wurde das Mandat von Hermannstadt 2 frei. Dr. Karl Wolff bat mich zu sich und bot es mir mit der Bedingung an, in die magyarische Regierungspartei einzutreten. Ich konnte diese Bedingung nicht annehmen, weil ich ohne Mehrheit in der Wählerschaft mich mit gebundenen Händen meinen politischen Gegenspielern überliefert hätte. Es wurde damals Dr. Guido Gündisch zum Abgeordneten gewählt. Im Jahre 1910 erhielt die Liste meiner Freunde bei den Wahlen in den Kreisausschuss die Mehrheit. Ich wurde Abgeordneter. Man hat mir den Vorwurf gemacht, dass ich diesmal das Mandat mit der Bedingung angenommen hätte, in die magyarische Regierungspartei einzutreten. Einmal wird mir fortgesetzter Disziplinbruch vorgeworfen; halte ich in entscheidenden Fragen Disziplin, ist auch nicht gut. Dass übrigens ein politisches Antitalent, wie Neugeboren einen rein politischen Akt nicht versteht, wundert mich nicht. Mein Ziel, freien Spielraum für meine Arbeit in der deutsch-ungarischen Bewegung als Abgeordneter zu erreichen, konnte ich doch nicht wegen einer Frage, die zweitrangige Bedeutung hatte, und sich mit der Zeit sowieso von selbst lösen musste, nachdem ich mich auf eine Mehrheit der Wählerschaft stützen konnte, unmöglich machen; denn es war damals noch nicht die Zeit, die Volksgenossen davon zu überzeugen, dass eine selbständige Partei im Reichstag das Gegebene für uns sei.

Als Abgeordneter habe ich bis zum Zusammenbruch im Herbst 1918 meine ganze Arbeitskraft der deutschen Bewegung gewidmet, da ich im Reichstag wenig hervortrat und bloss unter anderen in der Schulfrage einige Male das Wort ergriff. Einige Hauptdaten über meine damalige Tätigkeit mögen hier Platz finden.

Ich besuchte alle deutschen Siedlungsgebiete Ungarns und knüpfte persönliche Beziehungen an, um ein Netz von Vertrauensmännern aufzustellen.

Ich warb in Aufsätzen in- und ausländischer Blätter, dann durch Vorträge in Oesterreich und Deutschland, für die Idee des ungarischen Deutschtums.

Ich sammelte persönlich junge Schwabekinder, um sie zum Besuch deutscher Schulen in Siebenbürgen zu bewegen und dadurch eine deutsche Führerschichte zu erziehen. Zuletzt waren über 70 Kinder auf unseren Schulen. Die Mittel, die ich selbst verwaltete, wurden vom „Deutsch-ungarischen Kulturrat“ in Wien (unter der Führung von Müller-Guttenbrunn und Steinacker) aufgebracht, der sie vor allem der Mithilfe des „Alddeutschen Verbandes“ und deren Führern Class, Korodi, Samassa verdankte.

Ich beteiligte mich an der Gründung einer Genossen-

schaftszentrale in Temesvar und regte die Gründung deutscher Genossenschaften im damaligen Westungarn an.

Ich gründete den „Deutschen Bauernbund“ in Ofenpest und das „Deutsche Bauernblatt“, dessen Finanzierung ich durch Inseratenverträge mit zwei reichsdeutschen Konzernen sichern konnte. Nach Ausbruch des Weltkriegs wurde das Blatt durch die dem Bauernbund angegliederte Warenabteilung erhalten, über die noch die Rede sein wird.

Hand in Hand mit diesen Dingen ging die Organisationsarbeit, so dass bei Ausbruch des Weltkriegs das ganze Land mit deutsch gesinnten Vertrauensmännern überzogen war, was bei Gründung des „Deutschen Volksrates für Ungarn“ im Herbst 1918 deutlich wurde.

Meine Bewegungsfreiheit war umso grösser geworden, als ich 1915 zusammen mit Wilhelm Kopony aus der Regierungspartei gerade wegen unserer Tätigkeit in der deutsch-ungarischen Frage ausgetreten war. Mein Austritt wurde von der grossen Mehrheit der Hermannstädter deutschen Wählerschaft durch die Wählerversammlung in offizieller Form gebilligt.

Meine sogenannte Schwabenpolitik stand im Gegensatz zur damaligen offiziellen Volkspolitik, die den Grundsatz der magyarisch-sächsischen Interessengemeinschaft vertrat, um dadurch als das „kleinere Uebel“ gegenüber den „gefährlichen“ Nationalitäten Sondervorteile für uns zu erreichen. Das gelang auch auf verschiedenen Gebieten, was restlos anerkannt werden muss. Der Fehler unserer damaligen offiziellen Politik begann erst damit, dass sie Kopony und mich bekämpften und auch öffentlich von der nationalen Bewegung des übrigen Deutschtums abbrückte, statt sie bei der Regierung zu Gunsten einer Aenderung der magyarischen Politik gegenüber dem Deutschtum auszunützen.

Wenn man mir Disziplinbruch vorwirft, so kann für diese Behauptung kein Beweis erbracht werden. Ich habe mich damals in meiner Tätigkeit stets im Rahmen des sächsischen Volksprogramms gehalten, und ich fordere jeden auf, einen Fall vorzubringen, in dem ich dieses Volksprogramm verletzt habe. Ich bin 25 Jahre hindurch Abgeordneter und bisher neun Mal immer **einstimmig** kandidiert worden. Diese Tatsache, die Neugeboren in seiner Broschüre natürlich unterschlägt, erweist besser als viele Worte die Unwahrheit seiner Behauptung, dass ich „immer wieder die Volksdisziplin verachtet und verletzt hätte.“

Meine politische Tätigkeit wurde mir nur dadurch möglich, dass ich mich in meinem Wahlkreis auf eine Mehrheit treuer Freunde stützen konnte, die vor allem im sogenannten Bürgerabend und seinen Nachbarschaften vereinigt war. Neugeboren will dieser wunderbaren völkischen Organisation zusammen mit seinen neuen Freunden Klassenkampfallüren andichten. Das ist natürlich barer Unsinn. Es handelt sich vielmehr um eine auf dem Boden des Volksprogramms stehende nationale Gruppe, deren Tätigkeit in erster Linie zu verdanken ist, dass das Hermannstädter Deutschtum seine heutige

Rolle noch inne hat. Wenn zeitweise Gegensätze zwischen „Literaten“ und „Bürgern“ auftauchten, so ist das lediglich dem Umstande zuzuschreiben, dass ein sehr grosser Teil der „Literaten“, mit Neugeboren und seinem Kreis an der Spitze, dieser Bewegung verständnislos gegenüberstanden und sie bekämpften, statt bescheiden mitzuarbeiten und sich in ihre Reihen einzugliedern.

Man wirft mir und meinen Freunden vor, reichsdeutsche Kreise verhetzt zu haben. Die Wahrheit ist einfach die, dass wir mit unserer Propaganda agiler und unsere Ideen zugkräftiger waren. Das Umgekehrte ist richtig: Neugeboren hat auf einer Vortragsreise in Deutschland gegen uns persönliche Angriffe gerichtet, wie das seine unglückliche Art ist. Aus seinem Kreis ging der Versuch hervor — das Schriftstück hat mir vorgelegen — das schwäbische Schülerwerk an unseren Schulendurch eine Anzeige bei dem „Verein für das Deutschtum im Auslande“ zu zerstören, indem man irrigerweise annahm, dass es von da aus finanziert würde. Neugeboren und sein Kreis ist es auch jetzt gewesen, der seine Broschüre kürzlich nach Berlin versandte. Er wollte aus rein persönlichem Hass — wer kann einen anderen Grund angeben? — meine Verhandlungen, deren Ziel doch von uns allen nur gebilligt werden kann, stören. Im Schässburger Ortsausschuss griff mich der Bruder von Hans Otto Roth in unerhörter Art an und sein Schwager stellte mich bei einer offiziellen rumänischen Stelle in Berlin als einen ungeeigneten Vermittler zwischen Rumänien und Deutschland hin, während gleichzeitig auf Veranlassung von zwei anderen Sachsen ein rumänisches Tageblatt in Bukarest meine Abberufung von Berlin forderte. Glücklicher Weise sind meine Verhandlungen dadurch nicht geschädigt worden; aber ich kann sagen, dass dieses Vorgehen einen geradezu katastrophalen Eindruck von uns Sachsen hinterlassen hat.

Eine solche Methode kann nur eine Folge haben: dass jede Zusammenarbeit mit solchen Volksgenossen aufhört und dass wir uns spalten und in verschiedene Gruppen reinlich trennen werden, bis vielleicht die Vernunft wiederkehrt. Das zer Schlagene Porzellan wird allerdings nicht wieder ganz.

2. Die Nationalitäten und Franz Ferdinand.

Meine selbständige Stellung im Reichstag gab mir Bewegungsfreiheit, auch offener mit den Führern der übrigen Nationalitäten, besonders den Rumänen und Slowaken (Hodza), in Berührung zu kommen. Zwei Erwägungen waren dabei massgebend. Einmal sah ich in ihnen willkommene Bundesgenossen im Kampf mit dem magyarischen Chauvinismus und dann galten sie als wichtiger Faktor im Regierungsprogramm Franz Ferdinands, dessen Thronbesteigung beim Alter und Gesundheitszustand des Kaisers nur eine Frage kurzer Zeit erschien. Es galt mir als Pflicht, an der Arbeit dieses Kreises teilzunehmen, weil im anderen Fall wir Deutsche in Ungarn wieder vergessen worden wären. Der alte Steinacker spielte übrigens in diesem Kreis eine besonders gute Rolle. Es handelte sich

hier also keineswegs um eine Politik „mit schwankenden Annahmen und vagen Kombinationen“, wie Neugeboren in völliger Unkenntnis der Tatsachen frischweg behauptet, um diese sehr ernste Aktion zu bagatellisieren. Die Vorbereitungen für den Fall der Thronbesteigung, das neue Wahlgesetz usw. waren schon fast bis auf Einzelheiten genau geregelt, so dass es sich hier, wenn man mit von der Partie war, um Realpolitik im besten Sinne des Wortes handelte. Das gemeinsame Organ dieses Kreises war bis 1914 das „Budapester Tagblatt“. Der Weltkrieg machte natürlich allen diesen Plänen ein Ende.

In dieser Zeit habe ich auch mit den rumänischen Führern enge freundschaftliche Verbindungen angeknüpft, die unserem Volk nach dem Zusammenbruch zugute gekommen sind, was, glaube ich, selbst Neugeborns Gehässigkeit nicht ableugnen kann.

III.

Der Zusammenbruch 1918

traf mich in Ofenpest. Mein Plan stand sofort fest. Im Oktober 1918 gab ich im ungarischen Reichstag im Namen aller Deutschen in Ungarn eine Erklärung ab, in der ich unsere Ansprüche anmeldete. Im November berief ich nach Ofenpest eine Versammlung der deutschen Vertrauensmänner ein und gründete den „Deutschen Volksrat für Ungarn“, dessen geschäftsführender Vorsitzter ich wurde. Dieser Volksrat hatte eine doppelte Aufgabe. Mit einem letzten Ansturm in dieser aufgeregten Zeit des sich auflösenden Ungarns sollte er die Volksgenossen als Vorbereitung für die bevorstehende schwere Zukunft national beleben und sammeln. Weiterhin sollte er als Liquidator des ungarischen Deutschtums fungieren und ihm in den neuen Staatsgebilden einen erträglichen Platz zu sichern mithelfen. Der ersten Aufgabe dienten grosse Volksversammlungen in allen Teilen des Landes, die von begeisterten Leuten massenhaft besucht waren. Sie gehören zu meinen schönsten Lebenserinnerungen. Die zweite Aufgabe lösten wir dadurch, dass wir nach der einen Seite — gab es doch Volksgenossen, die auf jeden Fall in den Grenzen Ungarns verblieben — uns von der ungarischen Regierung offiziell anerkennen liessen, um ruhig arbeiten zu können, und nach der anderen Seite Verbindung mit den übrigen Nationalitäten anknüpften. Der rumänische Nationalrat in Arad erkannte uns durch amtlichen Brief seines Präsidenten Pop-Cicio als die einzige legale Vertretung des ungarischen Deutschtums an. Im gleichen Sinn verhandelte ich mit Hodza, der mittlerweile tschechoslowakischer Gesandter in Ofenpest geworden war. Nach Neusatz zur „Narodni Uprava“ ging als unser Vertreter Dr. Stefan Kraft. Dazu bemühte ich mich — aus taktischen Gründen eine vom Volksrat losgelöste persönliche Aufgabe von mir — den Anschluss Westungarns an Deutsch-Oesterreich vorzubereiten. Ich hatte ständige Fühlung mit dem dafür zu-

ständigen Büro im Wiener Reichsrat, das damals Abgeordneter Neunteufel führte, und zahlreiche Besprechungen mit den Wiener Regierungsmännern.

Der unpolitische Kopf Neugeborens bemüht sich in seiner Broschüre unter dem Titel „Hat Brandsch die neuen Verhältnisse vorausgesehen?“ nachzuweisen, dass ich um keinen Deut klüger als er selbst gewesen wäre, also nichts vorausgehabt hätte und dass ich als Programm des „Deutschen Volksrates“ — Neugeboren ist über die damaligen Vorgänge so wenig unterrichtet, dass er schreibt, auch Prof. Bleyer, mit dem wir damals in scharfem Kampf standen, sei bei der Gründung unseres Volksrates dabeigewesen — die Gebietsunversehrtheit Ungarns angenommen habe. Dass Neugeboren auch diesen Vorgang nicht versteht, wundert mich nicht, wenn ich an seine Rolle denke, die er in Arad auf der Jaszy-Konferenz mit den Rumänen spielte. Neugeboren hatte von mir als Vorsitzter des Volksrates telefonisch die Erlaubnis erhalten, als unser Beobachter nach Arad zu fahren. Kein Vernünftiger konnte daran denken, dass er sich dort als Begleiter und quasi als Parteimann von Jaszy aufspielen würde. Doch Neugeboren teilte durch die Presse stolz mit, dass er in Begleitung des Ministers nach Arad fahre. Dort ergriff er sogar das Wort und redete den Rumänen gütlich zu, doch nicht „România Mare“ zu machen, sondern Jaszys Vorschläge anzunehmen. So haben die Rumänen seine Rolle aufgefasst. Wenn ich nachher gezwungen war, Neugeboren von Pest aus schriftlich zu desavouieren, so bin nicht ich, sondern die unglaubliche Entgleisung Neugeborens daran schuld, die ja nicht die erste war und wohl auch nicht die letzte bleiben dürfte.

Ich verstehe nicht, welchen Zweck es überhaupt haben soll eifrig nachzuweisen, dass sich in dieser Zeit „nicht etwa meine politische Voraussicht bewährt und meine Ueberzeugung gesiegt hatte“, sondern dass „ganz anders geartete, von ihm bis zum letzten Augenblick nicht geahnte Ereignisse“ gekommen wären. Ich habe mich nie als Prophet aufgespielt; aber es war mir manches eher bewusst, als Andern. Soll ich wirklich beweisen, dass ich als Deutscher damals selbst in der verzweifeltsten Situation kein Wort in der Oeffentlichkeit über meine Lippe gebracht hätte, von unserem Zusammenbruch zu reden, selbst wenn in meinem Inneren schwarze Verzweiflung geherrscht hätte? Ich habe bis zuletzt an den deutschen Sieg geglaubt; ja ich habe, als ich schon früher wie andere vom Zusammenbruch der bulgarischen Front hörte, in einer öffentlichen Versammlung zum Durchhalten aufgefordert. Andererseits habe ich aber auch lange vor dem Zusammenbruch und Weltkrieg in einem Vortrag im „Unikum“ meinen Unglauben an den möglichen Bestand der Monarchie in ihrer damaligen Form zum Ausdruck gebracht. In der Komitatsversammlung in Hermannstadt im Jahre 1917 habe ich doch aus politischen Gründen, die für jedermann klar sind, gegen die Annexionsbestrebungen des Grafen Tisza gegenüber Rumänien offen Stellung genommen. Wozu aber dies erwähnen? Neugeboren freut es bloss, Genossen seiner eigenen Unklugheit zu haben. Habeat!

IV.

Die rumänische Zeit.

1. Unter dem Consil Dirigent.

Es war logisch, dass ich beim Beginn der rumänischen Herrschaft in den Vordergrund trat und in gewissem Sinne die Führung übernahm. Neugeboren nennt das „die Ausnützung des Zufallgewinnes“. Meinetwegen, mag es purer Zufall gewesen sein. Jedenfalls ist es Tatsache, dass dieser „Zufall“ unserem Volk damals nützte und ihm den Uebergang in die so andersgearteten neuen Verhältnisse wesentlich erleichterte. Mit dieser Feststellung begnüge ich mich, und eine Zeit, die objektiv urteilen wird, mag dann auch noch zu würdigen verstehen, was meine Freunde und ich — vor allem Staatssekretär Lutz Korodi — in dieser Zeit für unsere Volksinteressen in mühevollen Tagen getan haben. Ich selbst war damals als Exponent des „Fünfer Ausschusses“ Vertreter unseres Volkes bei den Regierungsstellen — ganz nebenbei bemerkt, der einzige, der, da er keinen anderen Beruf hatte, keinen Pfennig erhielt und aus Eigenem leben musste — täglich mit Interventionen und Verhandlungen beschäftigt. Nur Böswilligkeit kann behaupten, dass diese Arbeit nutzlos war.

Man erhebt den Vorwurf, ich hätte es versäumt, damals durch Auflassung der „Tagespost“ und Umgestaltung der Nachbarschaften die Einigkeit herzustellen und sei daher für allen Zwiespalt verantwortlich, den Neugeboren und seine Hintermänner heute so eifrig zu „heilen“ versuchen. Eine Gipfelleistung pharisäischer Unaufrichtigkeit und direkter Umkehrung der Tatsachen. Der verstorbene Adolf Schullerus hat in meinem Namen im Tageblatt-Ausschuss einen Vorschlag gemacht, dem gemäß die Tagespost nach Bukarest verlegt und der Einfluss beider Parteien auf das Tageblatt vereinigt werden sollte. Der Vorschlag wurde abgelehnt, so dass Schullerus aus diesem Grunde, wenn ich nicht irre, zeitweilig aus dem Tageblatt-Ausschuss sich zurückzog. Auch ohne diesen leider verstorbenen Kronzeugen kann ich durch andere Zeugen beweisen, dass wir den Plan hatten, die Tagespost zum Bukarester deutschen Zentralorgan auszugestalten, an dem alle Deutschen beteiligt sein sollten. Zum Ersatz sollten meine Freunde und ich im Tageblatt entsprechend vertreten sein. Dieser Plan ist an der Weigerung des Tageblattes und daran gescheitert, dass, angestachelt durch meine persönlichen Gegner, Proteste von anderen deutschen Blättern kamen und die Geldgeber, welche bereits die Finanzierung beschlossen hatten, sich plötzlich zurückzogen, was zum Zusammenbruch der Tagespost und zu Geldverlusten führte, die hätten vermieden werden können.

Angesichts solcher Sachlage mir am bestehenden Zustand die Schuld zuzuschreiben, kann nur blinde Parteiwut und schon pathologisch anmutende Befangenheit im Urteil fertig bringen.

Mit der Umgestaltung der Nachbarschaften ist auch einmal ein Versuch gemacht worden. Sie wurden ausdrücklich für alle Volksgenossen geöffnet. Die Herren haben sich einfach nicht beteiligt. Sie wollten sich in die seit Jahrzehnten bestehende Organisation nicht einordnen, sondern ohne jede innere Berechtigung gleich das Kommando übernehmen. Kann man sich da wundern, dass man die Tore wieder zuriegelte?

Ueber die ersten Jahre der rumänischen Herrschaft kann man der einen oder anderen Ansicht sein. Es ist Tatsache, dass unser sächsisches Volk durch die politische Umgestaltung unendlich viel von seiner früheren Vorzugsstellung eingebüsst hat. Tatsache ist aber auch, dass es uns gelang, diese z. T. unvermeidlichen Verluste auf ein Mass einzuschränken, das eben noch erträglich war. Tatsache ist auch, dass wir in dieser Zeit den deutschen Zusammenschluss durchführen konnten und das nationale Erwachen des Schwabenvolkes erlebten, das in dieser Zeit die Grundlagen seines deutschen Schulwesens und seiner nationalen Kultur überhaupt legen konnte. So sieht die Sache aus — und wir sollten Gott danken, dass es so und nicht ganz anders gekommen ist.

Hier muss ich eine Verleumdung endlich abtun, die natürlich auch Neugeborenen aufgreift, indem er ein Kapitel überschreibt „Mit der Staatsmacht gegen Volksgenossen.“ Ich hätte die Herren Blaskowitsch, Muth und Striegel in Fogarasch internieren lassen und meine Hände bei der Anfechtung der Wahlen im Banat im Spiel gehabt.

Leider muss ich hier Dinge berühren, die ich lieber gänzlicher Vergessenheit anheim gestellt hätte. Im Herbst 1919 erfuhr ich aus erster Quelle — die Dokumente wurden mir vorgelegt — dass die Friedenskonferenz Rumänien das Banat mit Temesvar zugesprochen hätte. Sofort fasste ich den Entschluss, ins Banat zu fahren, um unsere Volksgenossen darüber aufzuklären und zu verhindern, dass sie sich serbisch orientierten, wozu grosse Neigung erklärlicherweise vorhanden war, weil dadurch das Donauschwabentum fast ganz in einem Staat vereinigt worden wäre. In diesem Sinne besprach ich die Sachlage mit den deutschen Führern in Lugosch. Dort ging alles nach Wunsch. In Temesvar dagegen, wo das nationale Erwachen noch im Anfangsstadium war, hatte man gegen mich in unerhörter Weise gehetzt. Im „Freimütigen“, dem Organ von Blaskowitsch, war geschrieben worden, ich hätte für meinen „Vaterlandsverrat“, gemeint war mein Wirken für den Anschluss an Rumänien, „ein schönes Stück Geld“ erhalten. Ein ähnlicher Angriff stand in einem Organ, das Dr. Muth nahestand. Es war daher kein Wunder, dass der „Schwabennrat“ mit grosser Mehrheit beschloss, mich nicht offiziell anzuhören. So konnte ich meine Anschauungen nur vor sieben Herren und einem Horchposten der Gegenseite vortragen. Der Inhalt meines Vortrages wurde, wie mir der damalige deutsche Obergespan von Temesvar, mein leider verstorbener Freund Reinhold Heegn mitteilte, brühwarm dem serbischen Militärkommando überbracht. Man ordnete meine sofortige Verhaftung an. Die Militärpatrouillen fanden mich nicht, so dass

Heegn rechtzeitig intervenieren konnte. Nach einer Aussprache, die ich mit dem serbischen Kommandanten hatte, wurde ich nicht mehr belästigt. Mein Anzeiger war ein Herr, der heute ein guter Deutscher ist und mit dem ich in korrekten Beziehungen stehe, weshalb ich seinen Namen verschweige. Wir dürfen eben, wie gesagt, nicht vergessen, dass damals die nationale Entwicklung im Banat noch in den Kinderschuhen steckte. Die Herren, die heute nicht nur gute Deutsche sind, sondern mit Recht an führender Stellung in unserem Volk stehen, hatten damals die Eierschalen ihrer früheren magyarischen Einstellung und Gesinnung noch nicht abgelegt. Bei Beurteilung der Vorgänge von damals müssen wir dies sehr beachten. Während meines Temesvarer Aufenthaltes fand eine Sitzung der sogenannten Deutschen Volkspartei statt, auf der tatsächlich die Frage erörtert wurde, ob eine Internierung gewisser Herren für die deutsche Bewegung förderlich sein würde. Ein Beschluss kam nicht zustande, zumal mit Recht von verschiedenen Seiten hervorgehoben wurde, dass die Schaffung von Märtyrern nicht von Vorteil sei. Nach Hermannstadt zurückgekehrt, hörte ich, dass die Festsetzung verschiedener Banater Herren, darunter auch Muth, Blaskowitsch und Prof. Striegel, ich glaube wegen serbischer Einstellung und Agitation, geplant sei. Für mich gab es zwei Möglichkeiten: entweder die Sache durch Intervention zu verhindern oder ihr freien Lauf zu lassen. Zum ersten Schritt hatte ich nach den Vorkommnissen in Temesvar gar keine Veranlassung, umso mehr, als ich in den betreffenden Herren — persönlich kannte ich sie gar nicht, bloss mit Striegel war ich in Ofenpest einige Tage zusammen gewesen — nicht vollgültige Volksgenossen sah. Ich wählte daher den zweiten Weg und kümmerte mich nicht weiter um die Angelegenheit.

Was die Wahlklage Frecoots angeht, so habe ich sie vor ihrer Einreichung weder gelesen noch auf sie Einfluss genommen. Als ich von Frecot erfuhr, dass er klagen wolle, habe ich ihm gesagt, dass eine Klage nur dann einen Sinn hätte, wenn sie ernst fundiert und nicht politisch motiviert wäre. Im übrigen habe ich mit der ganzen Sache nichts zu tun gehabt.

Neugeboren erwähnt auch die vom Herrn „Landesführer“ Fabritius und der Eisenhandlung „Jickeli & Sonntag“ in Berlin verbreitete Verleumdung, ich hätte die „Selbsthilfe“ bei der Sigurantza angezeigt. Ich glaube die neuen Parteifreunde Neugeborns haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie mit Behörden in Konflikt kommen; denn noch nie in unserer Geschichte ist an einem Platz so viel ungereimtes Zeug und verantwortungsloses Geschwätz gehört worden, als aus dem Munde dieser Herren und ihres Anhanges. In allen Gassen kann man z. B. den Unsinn hören: „Hitler wird die Schulden der Selbsthilfe auf Heller und Pfening bezahlen. Er hat es Fabritius versprochen.“ Aehnlicher Blödsinn wird auch sonst noch verbreitet; da braucht man sich nicht zu wundern, wenn es auch der Sigurantza zu Ohren kommt und von dem einen oder anderen Agenten ernst genommen wird, statt daran zu denken, dass es sich um Phantasien wortberauschter Kindsköpfe handelt.

2. Von der Auflösung des Consil Dirigent bis zum Unterstaatssekretariat.

Mein Verhältnis zu den Nationalzaranisten.

Es hat natürlich keinen Zweck, hier eine detaillierte Geschichte dieser Zeit zu geben, obwohl sie viel Interessantes böte. Es handelt sich mir lediglich darum, mein Verhalten kurz zu zeichnen und gebührend niedriger zu hängen, was dagegen an Unrichtigkeiten vorgebracht wird.

Bis zum Frühjahr 1922 war ich Vorsitzender der Parlamentsfraktion, in einer Zeit also, in der wir uns in die neuen Verhältnisse allmählich einzuleben hatten und auf Schritt und Tritt vor neuen Aufgaben standen. Ich habe mit gutem Willen damals getan, was möglich war. Wenn meine Gegner diese Arbeit für nichts achten, so hat das keine Beweiskraft für mich; denn ich glaube nicht, dass ich etwas tun könnte, was sie billigen oder gar loben würden. Andere Kollegen, die durchaus keine Parteigänger von mir waren, z. B. Stadtpfarrer Dr. Wolff, Dr. Richard Schuller, haben über meine damalige Tätigkeit ein günstigeres Urteil gefällt. Doch ist all' dies ziemlich gleichgültig.

Bedeutend wichtiger ist die Frage, welches die Grundlagen unserer Politik waren. Die Antwort lautet: Die Karlsburger Beschlüsse. Sie waren unsere „Magna carta“; mit ihnen wollten wir stehen und fallen. Als wir im Jahre 1922 unter ganz billigen Bedingungen — der Bestand und das Oeffentlichkeitsrecht der konfessionellen Schule waren nicht in dem Masse gefährdet, in dem wir uns von der Gegenseite bluffen liessen — mit den Liberalen einen Wahlpakt schlossen, ohne den Antrag Fritz Connerts anzunehmen, die Karlsburger Beschlüsse in den Wahlpakt aufzunehmen, entwerteten wir diese „Magna carta“ selbst. Wir erschienen in den Augen der Rumänen als solche, die keinen entscheidenden Wert auf sie legten. In dieser Erkenntnis stimmte ich damals gegen den Wahlpakt und legte den Vorsitz in der Fraktion nieder. Im Volksrat haben ich und andere Kollegen die Folgen dieses unglücklichen Wahlpakts durch ausdrückliche Erklärungen von sich gewiesen. Durch diesen Beschluss haben wir damals die ganzen Grundlagen unserer Volkspolitik geändert, die feste Linie verloren und sie bis heute nicht mehr gefunden. Wenn sich daher die Verhältnisse so entwickelt haben, wie sie heute sind, so müssen sich das diejenigen als Mitschuld anrechnen, die im Jahre 1922, wenn auch nur scheinbar, die einzige feste Grundlage unserer Politik preisgaben. Es ist ein billiges Vergnügen, später andere verantwortlich zu machen und zu Sündenböcken zu stempeln. Meine scharfe Einstellung zu den Liberalen hatte gar nichts mit meinen Freundschaften in der nationalzaranistischen Partei zu tun. Ich hoffte damit viel mehr mitzuhelfen, die verlorene Basis zurückzugewinnen.

Man bemüht sich vergeblich mir anzudichten, ich hätte in der Zeit bis 1928 und nachher erst recht das Spiel der Nationalzaranisten betrieben. Ich bin nichts als Deutscher und stehe jeder fremdnationalen Partei mit der gleichen Kühle oder Sympathie gegenüber. Ich wollte,

unser
Gera
mich
in w
Von
will
halb
Teil
erst
Erw
folg
Dar
mir
alle
fest
mit

un
ran
Ve
zu
Vo
ich
au
w
de
J

unsere „Erneuerer“ täten das gleiche mit Tătărăscu, Cuza usw. Gerade diese Objektivität allen Parteien gegenüber befähigt mich anzuerkennen, das Vaida, Maniu und seine Freunde in wichtigen Beziehungen uns mehr gegeben haben, als andere. Von der edeln Persönlichkeit Jorgas als einer Einzellerscheinung will ich hier absehen. Das gesamte deutsche Schulwesen ausserhalb Siebenbürgens verdankt seinen Anfang und einen grossen Teil seiner Entwicklung ihnen. Ebenso hat diese Gruppe uns die erste Kirchenhilfe gegeben. Gewiss ist der mit so kolossalen Erwartungen begleitete Regierungsantritt Manius und die darauf folgenden Jahre nicht nur für uns eine Enttäuschung gewesen. Daran sind aber neben unzulänglichen Regierungsmassnahmen mindestens ebensoviel die ganz verfahrenen Verhältnisse und vor allem die wirtschaftliche Weltlage schuld gewesen. Es ist doch festzustellen, dass wir mit ganz geringen Ausnahmen uns bisher mit dieser Gruppe am leichtesten haben verständigen können.

Ein kurzes Wort darüber, dass man mir Unterwürfigkeit und Nachgiebigkeit gegenüber den Rumänen vorwirft und daran alle möglichen unausgesprochenen oder hingemurmerten Verdächtigungen knüpft. Um eine Tatsache wenigstens hervorzuheben, die deutlicher als Worte zeigt, wie unberechtigt dieser Vorwurf ist, weil sie gerade die Nationalzaranisten angeht, will ich bloss einige Stellen, und zwar die am wenigsten scharfen, aus einem Brief anführen, den ich seinerzeit Maniu schickte, als wir im Kampfe gegen einzelne uns schädliche Bestimmungen der neuen Verwaltungsreform standen. Ich schrieb ihm am 20. Juli 1929 u. a.:

„Hochgeehrter Herr Ministerpräsident, ich möchte Dir doch mitteilen, dass ich tief erschüttert bin über die Vorgänge bei der Verhandlung über das Gesetz der „Reforma administrativă“. Auch heute sind wir zu keiner Einigung gekommen in dieser Frage der Städte. Der jetzige Text des Gesetzes ist nichts weiter als ein Betrug der Mehrheit, in unseren uns noch gebliebenen vier Städten, uns die Mehrheit aus der Hand zu schlagen. Wie ein solches Vorgehen mit der Gleichberechtigung und mit den Karlsburger Beschlüssen zusammen stimmen soll, weiss ich nicht. Ich habe stets entgegen der Stimme vieler meiner Volksgenossen, die sagten, wir würden wieder betrogen werden, am Glauben fest gehalten, dass mit Euch auch für uns bessere Zeiten kommen würden. Ich glaube auch heute an Euere Aufrichtigkeit. Es scheint aber, dass Ihr nicht die Kraft habt, Euere Ansichten durchzusetzen.... Ich bin Dir sicher dankbar für Deine vielen Beweise persönlicher Freundschaft; aber Aufrichtigkeit muss in allen Dingen sein; deshalb wirst Du meinen Brief verstehen. Mit hochachtungsvollen Grüssen Dein ergebener R. Brandsch.“

Die Folge dieses Briefes war, dass in einer Konferenz an einem der nächsten Tage, an der Maniu, Vaida, Mirto, Stere und ich teilnahmen, das Gesetz zu unseren Gunsten durch Schaffung einer Virilstimme aus dem Gewerbe und Handel für den Stadtrat geändert und uns eine Zusicherung bezüg-

lich der Bürgermeisterstellen in Städten mit deutscher Mehrheit gegeben wurde.

Hier ist der Platz, auch ein Wort über das Minderheitengesetz zu sagen. Man behauptet die Unwahrheit, wenn man sagt, dass ich das Minderheitengesetz jemals aufgegeben hätte. Ich habe im Gegenteil stets, auch in meiner Stellung als Unterstaatssekretär, die Schaffung des Minderheitengesetzes als letztes Ziel bezeichnet. Der Unterschied zwischen meiner und der Auffassung anderer besteht darin, dass ich in Kenntnis der heute noch unüberwindlichen Schwierigkeiten, die der Schaffung eines solchen Gesetzes entgegen stehen, einen anderen Weg vorgeschlagen habe, so auch in meinem mit Unrecht so verlästerten Aufsatz im „Bukarester Tageblatt“. Ich forderte zuerst ein Rahmengesetz und die Erledigung der Minderheitenfragen schrittweise in einzelnen klaren Gesetzesbestimmungen auf den verschiedenen Gebieten des Staatslebens. Dann zur gegebenen Zeit die Zusammenfassung dieser Einzelbestimmungen in einem Gesetz. Ich bin auch heute der Auffassung, dass vorläufig ein anderer Weg nicht gangbar ist, so sehr ich es auch wünschte, dass es anders wäre. Wir können, wenn wir wollen, sofort ein Minderheitengesetz haben. Ich fürchte aber, es würde so ausfallen, dass die Frage eher vergiftet als gelöst erschiene.

3. Mein Aufsatz im „Bukarester Tageblatt“.

Dass dieser Aufsatz zu einer Affäre aufgebauscht worden ist und von meinen Gegnern andauernd behandelt wird, hat seinen Grund einfach darin, dass die Absicht bestand, ihn zu meiner politischen Kaltstellung auszunützen. Bei einigermassen objektiver Beurteilung dieses Artikels wird kein vernünftiger Mensch darin ein Vergehen gegen unsere Grundsätze als deutsches Volk finden können. Was ist sein Inhalt? Hier ist der vollständige Text des Aufsatzes.

„Als sich vor einiger Zeit in Paris eine Liga auftrat, die ein Weltminderheitenrecht schaffen wollte, protestierten die Minderheiten mit Recht gegen ein solches Beginnen; denn sie sahen darin einen Versuch, die Entwicklung der ganzen Minderheitenfrage zu sabotieren, weil bei der ungeheueren Verschiedenheit der Minderheiten in der Welt unmöglich ein gemeinsamer Nenner gefunden werden kann, auf den man die Minderheitenrechte bringen könnte.

Ich muss gestehen, dass ich bei der Lektüre des Aufsatzes „Kein Rahmengesetz“ in der Nummer vom 20. November des „Bukarester Tageblattes“ ähnliche Gefühle gehabt habe. Der Verfasser lehnt ein allgemeines Minderheitengesetz oder Rahmengesetz glatt ab, das die Grundlage für eine Regelung der Minderheitenrechte bei uns darstellen soll.

Die Gründe für diese Ablehnung sieht der Verfasser vor allem in der mangelnden Bestimmtheit und Präzision, die ein solches allgemeines Minderheiten- oder Rahmengesetz aufweisen würde. Er befürchtet auch, dass eine verschiedene Behandlung der einzelnen Min-

derheiten auf Grund eines solchen Rahmengesetzes dazu führen könnte, zwischen die einzelnen Minderheiten einen Keil zu treiben.

Man könnte sich meiner Ansicht nach leicht einigen, wenn man zunächst eine Vorfrage unter sich bereinigte: Wollen wir in der Minderheitenfrage unseres Staates allgemeine theoretische Erwägungen anstellen oder wollen wir in der Lösung des ganzen Problems praktisch vorankommen.

Wenn wir uns theoretisch über diese Fragen unterhalten wollen, so kann man natürlich ganze Bände schreiben und für den einen oder anderen Standpunkt Gründe anführen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, dass es sowohl für die Mehrheit wie für die Minderheit von Vorteil wäre, wenn man durch ein einziges einheitliches Gesetz diese Fragen endgültig lösen könnte. Leider ist derartiges nur auf dem Papier und in der Theorie möglich, lässt sich aber einfach deshalb nicht verwirklichen, weil man es in der Politik mit Menschen, also mit lebenden Wesen und ihren Unterschieden, also mit tun hat, und nicht mit leblosen Schemen.

Man kann und soll gewiss allgemeine Grundsätze aufstellen, für sie eintreten und sie dem Bewusstsein der Welt einhämmern. Es ist gerade in der Minderheitenfrage unerlässlich, dass die verschiedenen internationalen Verbände diese Arbeit in so vorbildlicher Art durchführen, aber etwas ganz anderes ist es, auf einem Staatsgebiete für die dort wohnenden Minderheiten Recht in Gesetzesform zu schaffen. Bei dieser Arbeit handelt es sich weniger um Theorien und allgemeine Grundsätze, sondern vielmehr darum, wie zwischen den politischen Interessen der Mehrheit und den politischen Interessen der einzelnen Minderheiten, die meistens sehr verschieden sind, ein Ausgleich geschaffen und wie er in Gesetzesform gebracht werden kann.

Wenn wir unseren besonderen Fall ins Auge fassen, so ist die Lage diese: das Mehrheitsvolk betrachtet als sein vitalstes Interesse, den endlich errungenen Volksstaat innerlich zu konsolidieren und in erster Linie die in einer grausamen Geschichte unterdrückte Entwicklung des Mehrheitsvolkes auf allen Gebieten vorwärts zu treiben. Neben dieser Frage spielt die Minderheitenfrage eine nebensächlichere Rolle, und nur diejenigen Politiker, welche die Macht des Minderheitengedankens in der Gegenwart und seine weittragende Bedeutung für das Leben der Völker und Staaten untereinander erkannt haben, wissen und fühlen, dass diese Idee gleichzeitig eine wichtige rumänische Staats- und Volksfrage ist, die sowohl vom Gesichtspunkt der inneren Festigung des Staates aus, als auch von dem der internationalen Stellung Rumäniens ernstlich erwogen und gelöst werden muss.

Auf der anderen Seite stehen die Minderheiten und teilen sich recht scharf in die drei Hauptgruppen, von

denen aber jede auch noch Unterschiede in sich aufweist. Ein Teil der rumänischen Minderheiten hat kaum ein Bedürfnis für nationales Leben im Rahmen des Staates. Sie spielen eine passive Rolle, so dass sie als Faktor gar nicht in Betracht kommen. Eine zweite Gruppe, zu der wir Deutschen gehören, hat kein anderes Ziel, als in einem konsolidierten Rechtsstaat ihr nationales Eigenleben frei und möglichst reibungslos entwickeln zu können. Eine dritte Gruppe wieder ist in erster Linie aussenpolitisch orientiert und denkt an Grenzrevisionen, so dass für sie die Minderheitenfrage in zweite Linie rückt und mehr als ein Mittel für die Agitation gewertet wird. Das sind Dinge, die klar auf der Hand liegen, und von keinem vernünftigen Menschen in Zweifel gezogen werden können. Gewiss sind diese Dinge im Fluss; und es können Wandlungen kommen; aber heute und für absehbare Zeit bleibt diese Lage.

Nun ist ohne weiteres klar, dass das Mehrheitsvolk die Minderheiten darnach wertet, wie sie sich zu seinem oben skizzierten Hauptinteresse stellen. Es wird innerlich mehr bereit sein, den Minderheiten entgegen zu kommen, deren gesamte nationalen Interessen auf dem Gebiete des Staates liegen und die vernünftigerweise keine aussenpolitischen Tendenzen haben können.

Aus diesen Tatsachen geht hervor, dass wir in der Minderheitenfrage unseres Staates praktisch nur dann vorwärts kommen können, wenn wir Deutsche unseren eigenen Interessen gemäss diese Einstellung des Mehrheitsvolkes zur Kenntnis nehmen und darnach handeln. Es wäre ja eine sträfliche Torheit, wenn wir irgend einem Schlagwort zuliebe unsere nun einmal faktisch vorhandene Sonderstellung aufgeben und unsere so schwer gefährdete völkische Lage durch scheinbares Eintreten für Ziele, die uns rein gar nichts angehen, erschweren würden.

Dieser Standpunkt allein kann das Minderheitenproblem in Rumänien nach vorwärts treiben, weil schliesslich der von einer Minderheit tatsächlich erreichte Rechtszustand für jede andere nur von Vorteil sein kann. Er ist nicht nur kein Verrat an der Minderheitensache, sondern im Gegenteil die einzige Möglichkeit, ihn zu vertreten. Wer gegen ihn Stellung nimmt, sabotiert bewusst oder unbewusst die sowieso nur äusserst schwer in Gang zu setzende günstige Entwicklung auf diesem Gebiet.

Schliesslich noch eine Bemerkung. Ganz abgesehen von diesem allgemeinen Standpunkt, halte ich übrigens die Auseinandersetzung darüber, ob allgemeines Minderheitenrecht oder Rahmengesetz, für einen überflüssigen Streit um Worte. Es kommt doch wirklich nicht auf den Namen, sondern auf den Inhalt des Gesetzes an. Warum soll ein Rahmengesetz weniger konkret und weniger klar sein als ein sogenanntes allgemeines Minderheitengesetz? Gibt es überhaupt einen Unterschied

zwischen beiden? Also wozu die Aufregung? Ueberall, bei uns mehr als anderswo, hängt doch alles von der Durchführung des Gesetzes ab. Glaubt jemand im Ernst unter uns, dass die Durchführung eines Gesetzes — gleichgültig ob es ein Rahmengesetz oder ein allgemeines Minderheitengesetz ist — keinen Unterschied machen wird z. B. zwischen Deutschen und Magyaren? Machen nicht wir selbst auf Schritt und Tritt Unterschiede? Und hat man jemals in der Welt unter Menschen etwas anders erlebt? Wie kommen wir Menschen überhaupt dazu, die Natur und die unterschiedlichen Interessen durch irgendwelche vorgefasste Meinungen und Theorien vergewaltigen und uniformieren zu wollen? An und für sich schon unsinnig; aber ganz töricht dann, wenn eine solche öde Gleichmacherei, die übrigens durchaus undemokratisch wäre, auch noch zum eigenen Schaden ausschlägt.

Misstimmung, Hass, Verwirrung und Unfrieden wird viel eher durch Unklarheit hervorgerufen, als wenn man seine Stellung offen bezieht und jedermann zu erkennen gibt, wofür man zu haben ist und wogegen man Stellung nehmen wird. Auch die Uebelwollenden auf beiden Seiten kann man nur durch solches Verhalten zur Abrüstung bringen.“

So weit der Aufsatz. Wer ihn einigermaßen vorurteilsfrei liest, kann nur fragen: Hat es wirklich einen Zweck, über diese selbstverständlichen Dinge überhaupt zu sprechen? Tatsache ist, was ich jetzt sage, dass wir in der Praxis alle so handeln, wie ich es im Artikel als einzig möglich darstelle. Wir haben unsere besonderen Bedürfnisse und müssen deshalb auch besonders befriedigt werden. Darauf ist unsere ganze Politik eingestellt, und darnach handeln alle Abgeordneten und sonstigen Vertreter unseres Volkes. Wozu also der Lärm?

Einfach unverständlich ist es, wenn sich Neugeborene oder unsere Pseudonationalsozialisten aufregen, ich hätte mit dem Artikel gegen die Minderheitensolidarität verstoßen. Ausgerechnet er, früher der schärfste Vertreter magyarisch-sächsischer Interessengemeinschaft gegen die übrigen Minderheiten; er, der gegen andere Minderheiten direkte Schimpfartikel geschrieben hat. Dazu die Anderen, die nach ihrem Programm grundsätzlich gegen die Minderheitensolidarität und Gleichberechtigung aller Minderheiten sind. Auch sie stimmen in das Geschrei ein! O heilige Einfalt!

4. Mein Verhältnis zu den Magyaren.

Von gegnerischer Seite wird fortgesetzt versucht, mich als Feind der Magyaren hinzustellen und zu verdächtigen, dass ich gegen sie, weiss Gott, welche übeln Absichten hätte. Was ist die sehr einfache Tatsache? Ich habe gegen die Bestrebungen des Magyarentums im alten Ungarn, uns Deutsche zu magyarisieren, gekämpft und dabei alle Möglichkeiten auszunützen ver-

sucht, die mir in diesem Kampfe helfen konnten. Gegen solche Bestrebungen kämpfe ich auch heute, insofern sie sich z. B. gegen die Satmarer Schwaben richten. Das ist das Ganze.

Im übrigen habe ich Freunde unter den Magyaren, die ich aufs höchste schätze, und in gar keiner Weise empfinde ich irgend ein Hassgefühl ihnen gegenüber. Im Gegenteil: Ich bin jederzeit bereit gewesen, berechnete magyarische Bestrebungen zu fördern, wenn ich davon überzeugt war, dass ich dadurch nicht Belange meines Volkes schädigte. Ueber diese Grenze hinaus gehe ich natürlich nicht, dazu fehlt mir die nötige Naivität, die sonstwo gedeiht. Ich halte meine Art zu handeln für viel besser, als mit freundlichen Worten falsche Hoffnungen zu erwecken, die im entscheidenden Augenblick dann doch nicht erfüllt werden.

Ich bin auch noch weiter gegangen. Ich habe als Unterstaatssekretär magyarische Wünsche in objektivster Weise behandelt und, so weit ich es vermochte, gefördert. Wie sehr, dafür will ich ein Schreiben als Beispiel anführen, unterschrieben von Bischof Majlath und Elemér Gyarfas, also von zwei ganz hervorragenden Führern des Volkes, in dem sie mit wärmsten Worten der Anerkennung mir für die Hilfe danken, die ich ihnen gewähren konnte. Auch sonst kann ich eine ganze Reihe von Dankschreiben aus magyarischen Kreisen für geleistete Dienste beibringen.

Es ist schliesslich auch nicht wahr, dass ich bei Gründung der magyarischen Wirtschaftspartei die Hände im Spiele gehabt und gegen die andere Partei intrigiert hätte. Wo hätte ich das tun können? Die oppositionelle Partei der magyarischen Bauern hatte mich offiziell aufgesucht und mir ausdrücklich ihre Mitarbeit bei Lösung der Minderheitsprobleme angeboten. Dieses Anerbieten habe ich natürlich mit Dank umso mehr angenommen, als die offizielle magyarische Partei wohl sehr oft Abgeordnete und kirchliche Würdenträger mit ihren Anliegen zu mir schickte, doch auf eine offizielle Aufforderung meinerseits mitzuarbeiten, nicht gerade sehr freundlich antwortete und nur zögernd ihre Mitarbeit zusagte, dabei weiter fortfuhr, in ihrem Organ mich anzuflegeln. Ich habe mit Ausnahme eines kleinen Dienstes, den ich jeder anderen Minderheitenpartei ebenso geleistet hätte, der magyarischen Oppositionspartei in keiner Weise irgendwelche Vorteile gegenüber der anderen Partei verschafft, zumal sie ja stark genug ist, sich selbständig zu organisieren und zu entwickeln.

Alle anderen Behauptungen sind Unwahrheiten. Ich habe mich oft gefragt, wer ein Interesse daran haben könnte, mein Verhältnis zu den Magyaren zu vergiften. Zu meinem schmerzlichen Erstaunen habe ich auch hier feststellen müssen, dass es Sachsen, persönliche Gegner von mir, gewesen sind, die gegen mich gehetzt, ja sogar herabsetzende Nachrichten über mich in magyarischen Zeitungen brachten. Zuletzt konnte ich einen Hermannstädter Kaufmann, einen bekannten Dämmerschoppenvirtuos, noch rechtzeitig dabei ertappen, als er in die „Brasóí Lapok“ sogar einen Artikel über Familienmitglieder von mir hineinbringen wollte. Ich hätte im Interesse der Reputation un-

seres Volkes gern auch weiter über diese Degenerationserscheinungen geschwiegen. Ich habe mich jedoch angesichts der skrupellosen Hetze, die gegen mich getrieben wird, und die das einzige Besitztum, was ich habe, meine nationale Ehre und mein Ansehen als Mensch antastet, entschlossen, überhaupt keine Rücksichten mehr zu nehmen, sondern, wenn es nötig werden sollte, noch zu Mitteln zu greifen, die hoffentlich drastisch genug sind, um mir Ruhe vor der Meute zu schaffen.

V.

Meine Tätigkeit als Vorsitzter des Deutschen Verbandes.

Meine Gegner lieben es, meine Tätigkeit als nicht vorhanden hinzustellen. Neugeboren schreibt darüber: „Der Verband ist durch seine Schuld viele Jahre lang vollständig untätig geblieben; nicht einmal für die Erneuerung seines Mandats hat der Vorsitzende pflichtmässig gesorgt.“ Was ist dagegen die Wahrheit? Der Verband hat gewiss nicht das geleistet, was er hätte leisten können, und er wird es auch nie leisten, so lange ihm nicht die Kompetenzen gegeben werden, die ihn zum wirklichen Leiter unserer Volkspolitik machen und ihn in eindeutiger Weise über die Parlamentsfraktion stellen.

Trotz dieses entscheidenden Konstruktionsfehlers, der durch eine gewisse Eifersucht der Fraktionsleitung noch vergrößert worden ist, habe ich während meines Vorsitzes doch einiges getan. Das steht in den Protokollen der Verbandssitzungen ganz deutlich zu lesen. Richtig ist, dass ich das Mandat der Leitung nicht erneuert hatte. Es hat sich nie jemand darüber aufgeregt. Nur als die Zeit gekommen schien, mich mit Erfolg angreifen zu können, wurde das auch als ein grosses Vergehen hingestellt.

Der Verband hat in der Zeit meines Vorsitzes folgende Arbeiten durchgeführt, um nur einige der hauptsächlichsten zu nennen: 1. Gründung des Kulturamtes. 2. Entsendung eines Sachverständigen nach England zum Studium der Friedensvertragstexte. 3. Anregung zur Gründung einer Liga für den Völkerbund. 4. Gründung des Deutschen Gewerbebundes. 5. Gründung eines Stipendienausschusses. 6. Entscheidende Verhandlungen in der Sattmarer Frage. 7. Propagandareisen. 8. Anregungen für Siedlungstätigkeit und Schaffung eines Ausschusses dafür. 9. Anregung zur Gründung eines Arbeiterbundes. 10. Der Vorsitzter des Verbandes gründete 1922 den „Verband der deutschen Volksgruppen in Europa.“

Man sieht also auch aus dieser unvollständigen Aufzählung schon, dass es nicht wahr ist, wenn gesagt wird, der Verband habe unter meinem Vorsitz nichts getan.

Ich kann aber verraten, warum der Verband nicht mehr tun konnte. Folgende Gründe verhinderten dies: 1. Seine Kompetenz als oberste Spitzenorganisation (über der Parlamentsfraktion stehend) wurde nicht durchgeführt. 2. Die grossen Volksräte (die Bukowina, das Altreich und auch Bessarabien

zahlten fast regelmässig) bezahlten trotz steter Mahnungen und Beschlüsse ihre Beiträge nicht. 3. Die Arbeit des Verbandes wurde von verschiedenen Seiten bagatellisiert, ja sabotiert. Zum Beweis bloss zwei Tatsachen. Als ich 1922 den „Verband der deutschen Volksgruppen in Europa“ in Wien gegründet hatte und diese Tatsache am 15. Mai 1925 im Deutschen Verband zur Beschlussfassung vorlegte, wurde die Entschliessung der Gründungskonferenz in Wien vom Vorsitz der Parlamentsfraktion abgelehnt und dazu noch gesagt: „Ich erblicke in der Stellung der Organisation zum Völkerbund eine Gefährdung der deutschen Politik in Rumänien.“

Im Jahre 1927 war es sogar trotz vielfachen Briefwechsels nicht möglich, sich über den Termin einer Hauptleitungssitzung zu einigen. Endlich kamen wir darüber überein, die Sitzung am 7. Mai in Arad zu halten. Etwa drei Tage vor der Sitzung erhielt ich aus Arad ein Telegramm, die Behörde habe die Abhaltung der Sitzung, zu der schon alle Siedlungsgebiete eingeladen waren, verboten. Ich fuhr sofort von Hermannstadt nach Arad zum Präfekten. Das Verbot wurde sofort aufgehoben. Der Präfekt jedoch deutete mir zu meiner Ueberraschung an, dass er von deutscher Seite zum Verbot angeregt worden sei. Dies bestätigte mir nachher auch ein magyarischer Journalist.

Unter solchen Verhältnissen ist nicht verwunderlich, dass so wenig, sondern dass trotz dieser Umstände so viel geleistet worden ist.

Es tut mir leid, dass meine Gegner mit ihren albernen Vorwürfen mich zwingen, solche Dinge an die Oeffentlichkeit zu bringen. Ich hätte sie lieber auch weiter in meinem Busen bewahrt.

VI.

Der Verband der deutschen Volksgruppen in Europa.

Ich nehme das Verdienst für mich in Anspruch, diesen Verband gegründet zu haben. Die Originale meiner Einladungen zur ersten Sitzung in Wien liegen noch vor.

Ich habe den Verband bis 1951 als Vorsitzender geleitet. In einer Volksversammlung in Hermannstadt hat ein Herr, der auch nicht den leisesten Schimmer davon haben kann, was geschehen ist oder nicht, frischweg behauptet, ich hätte nichts getan, sondern die Arbeit anderen überlassen. Das ist nicht richtig. Ich habe nur getan — vielleicht ist das eine veraltete Auffassung — was nötig und mir möglich war. Die Arbeit, die andere besser machen konnten, habe ich gerne ihnen überlassen. Heute ist es Mode, sich gerade zu den Arbeiten zu drängen, von denen man gar nichts versteht. Das nennt man dann einfach und schlicht „Erneuerungsbewegung.“

Statt vieler Worte setze ich das Dankschreiben hierher, das

ich vom Verband erhielt, als ich im März 1931 den Vorsitz niederlegte. Es lautet:

„Hochverehrter lieber Herr Brandsch. Anlässlich Ihres Rücktrittes von ihren langjährigen Arbeiten als erster Vorsitzender unseres Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa hat der Ausschuss und das Präsidium mich beauftragt, Ihnen für Ihre Arbeit an der Spitze der auslanddeutschen Volksgruppen und zum Wohle derselben auch brieflich den Dank auszusprechen, den wir Ihnen schulden.

Ihre langjährigen Mitarbeiter im Ausschuss kennen die Opfer, die Sie der deutschen Sache als Vorsitzender unseres Verbandes dauernd bringen mussten, und kennen vor allem Ihre unvergänglichen Verdienste um die erste Fühlungnahme und Formung des Zusammenarbeitens der in der Entwicklung der Nachkriegszeit besonders schwer bedrohten und verfolgten deutschen Volksgruppen.

Wir hoffen, dass Sie als Vorstandsmitglied unseres Verbandes an der Arbeit mit uns mit der bisherigen Hingabe an die auslanddeutsche Sache werden teilnehmen können und dass wir hierbei Gelegenheit finden werden, Ihnen Beweise von unserer Freundschaft und unserem Dank zu geben.

Im Namen des Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa der derzeitige stellvertretende Vorsitzende Gr a e b e.“

VII.

Mein Unterstaatssekretariat.

Neugeboren stellt fest, dass ich das Amt ohne mein Dazutun angeboten erhielt. Diesmal muss ich ihm Recht geben. In einer Hermannstädter Volksversammlung dagegen sagten seine neuen Parteifreunde, ich habe das Amt entweder 1. als Entschädigung für entgangene Provisionen, 2. als Freimaurer oder 3. wegen des schon zitierten Aufsatzes im „Bukarester Tageblatt“ erhalten. Ich will mich in Gottes Namen auch mit diesem Blödsinn auseinandersetzen. Wann ist mir eine Provision angeboten worden oder entgangen? Wenn ja, wie konnte gerade Jorga, dem doch in erster Reihe die Ernennung zu verdanken war, davon etwas wissen? Freimaurer? Jorga ist nicht nur kein Freimaurer, sondern ihr Gegner. Wegen des Aufsatzes im „Bukarester Tageblatt“? Das ist so dumm, dass ich diesmal wirklich Herrn Neugeboren bitten muss, seine Parteifreunde selbst zu belehren.

Als ich nach der Beeidigung meine Ernennung zum Staatssekretär der Parlamentsfraktion mitteilte, erklärte ich ausdrücklich, ich sei zum sofortigen Rücktritt bereit, wenn die Fraktion mit dem getanen Schritt nicht einverstanden sei. Zum Bedauern meiner Gegner muss ich sagen, dass die Kollegen mich durch-

aus nicht kühl empfangen haben, wie Neugeboren meint; ich habe im Gegenteil herzliche Glückwünsche erhalten. Es gab überhaupt bloss zwei aufgeregte Kollegen, Hedrich und Roth. Um des lieben Friedens willen stimmte ich der Resolution zu, obwohl sie politisch unklug war und dem Ansehen meines Amtes schadete. Der Volksrat machte diesen Fehler gut, indem mich sowohl der Präsident sehr warm begrüßte, als auch eine Resolution einstimmig angenommen wurde, in der man für mein Amt und mich persönlich herzliche Worte fand. Herr Neugeboren meint allerdings, das sei nicht aufrichtig gewesen. Da habe ich „Disziplinloser“ doch eine bessere Meinung vom Volksrat als der „disziplinierte“ Herr Neugeboren!

In meinem Amt habe ich mich ehrlich bemüht zu leisten, was möglich war. Hätte meine Amtszeit länger als $1\frac{1}{2}$ Jahre gedauert, wäre es wohl gelungen, mehr zu leisten, und vielleicht das Amt auch grundsätzlich auf eine bessere Grundlage zu stellen.

Auch so hätte manches noch geleistet werden können, wenn ich von der eigenen Fraktion mehr unterstützt worden wäre. Das war nicht der Fall, wofür nur folgende Tatsachen: 1. Der Fraktionsvorsitzende hat ausser einem ganz unnötigen formellen Besuch im Amt kein einziges Mal auch nur Berührung mit ihm gesucht. 2. Die Parlamentsfraktion hat mit keiner einzigen Zeile, mit keiner einzigen Anregung ihr Interesse an der Arbeit zu erkennen gegeben. Die einzelnen Kollegen haben mich allerdings sehr oft und gern aufgesucht und wir haben sehr nett zusammen arbeiten können.

Während meiner Amtszeit hatte ich mit der bekannten Schässburger Stadtangelegenheit zu tun. Ich schrieb aus dem Anlass auch den so oft getadelten Artikel „Selbstrevision“. Darüber einige Worte, um der Legendenbildung Einhalt zu tun.

In einer Eingabe an den Volksrat machen mir die Schässburger zum Vorwurf, ich sei schuld daran, dass ihre Stadt so lange um den deutschen Bürgermeister habe kämpfen müssen. Wie man zu einer derartigen Behauptung kommen kann, ist nur aus Unkenntnis der Sachlage zu erklären. Die Tatsachen sind andere: 1. Dass die vier Städte Hermannstadt, Bistritz, Mediasch und Schässburg überhaupt noch deutsche Bürgermeister haben, ist mein persönliches Verdienst, wie ich bereits nachwies. 2. Dass in Schässburg nur nach schwerem Kampf uns unser Recht wurde, liegt vor allem an den eigentümlichen Verhältnissen dort. Einer der begabtesten rumänischen Führer in der Gegend ist der jetzt zur Lupu-Partei gehörige Abgeordnete Serdici. Mit ihm steht das dortige Deutschtum in heftiger Fehde. Wir haben diesen Mann stets abgelehnt, woraus dann folgte, dass Serdici mit umso erhöhter Leidenschaft und Agilität gegen uns los ging und chauvinistische Forderungen erhob. Im Wettlaufen um die Popularität durften natürlich die anderen rumänischen Parteien nicht zurückbleiben. So überboten sich die Rumänen gegenseitig in immer weitergehenden Wünschen. Auf der anderen Seite rief das erhöhte Widerstand hervor, und das hat die gegenseitigen Beziehungen immer mehr vergiftet. 3. Unter Jorga kam mit Valer Pop einer der unaufrichtigsten Hassler der Minderheiten ans Ruder. Er hatte den

Plan, uns die in der Mehrheit noch deutschen vier Stadtverwaltungen aus der Hand zu nehmen. Er ist wohl nur durch Eingreifen Jorgas daran gehindert worden. Trotzdem gelang es ihm — in meiner Abwesenheit und entgegen unseren Abmachungen — in Hermannstadt z. B. zwar unter einem Deutschen als Bürgermeister eine Zwischenkommission mit rumänischer Mehrheit zu ernennen. Schässburg wollte er ganz haben. Nach tagelangen Verhandlungen einigte ich mich, ohne unseren Rechtsstandpunkt aufzugeben, mit ihm dahin, dass eine Zwischenkommission mit rumänischer Spitze aber mit deutscher Mehrheit ernannt werden sollte, unter der Bedingung, dass nach Aufhebung der Kommission ein Deutscher als Bürgermeister bestätigt würde. Angesichts der kritischen Lage empfahl ich den Schässburgern die Annahme dieses gewiss nicht glänzenden, aber meiner Meinung nach damals notwendigen Kompromisses. Er wurde abgelehnt. Ich wurde auch in einem offenen Brief des Schässburger Ortsrates nicht scharf zwar, aber immerhin angegriffen. Ich antwortete mit einem Aufsatz, der sich gedanklich an einen früher erschienenen Artikel „Selbstrevision“ anschloss. Meine gute Absicht ging dahin, auf gewisse Mängel unseres politischen Habitus — ein Erbstück unserer besonderen Vergangenheit — hinzuweisen, und zur Selbstkritik, die nach Wilhelm Busch „viel für sich hat“, aufzurufen. Das Echo waren Angriffe.

VIII.

Persönliche Fragen.

Ich möchte auf die Gefahr hin, wieder missverstanden zu werden, hier nochmals darauf hinweisen, dass nicht in mir der Sündenbock dafür zu suchen ist, wenn sich die Verhältnisse in Schässburg so entwickelten, wie sie sich heute darstellen, sondern taktische Fehler lokaler Natur waren die Ursache, an denen man, um sie nicht zu wiederholen, lernen sollte. Ich habe mit vielen Volksgenossen gesprochen, die hierin durchaus meiner Meinung sind.

Unsere Bauern sagen: „Stiere, die nichts mehr taugen, werden stössig.“ Die Unfähigkeit so vieler meiner Gegner, die ich mir in dreissigjähriger Arbeit im Volksdienst allmählich gesammelt habe, meine Politik sachlich mit Erfolg zu bekämpfen, hat sie veranlasst, mich persönlich anzugreifen und mein Privatleben zu beschnüffeln. Sie bedienten sich dabei eines bekannten und fast schon berufsmässigen Schnüfflers in Bukarest, mit dem auch heute noch die Kollegen Dr. Roth und Hedrich intim verkehren, und der als Geldgeber den Gauführer Otto Fritz Jickeli zu dirigieren scheint. Auch in dem Pamphlet Neugeborens kann sich der Verfasser, obwohl er nur mit politischen Dingen sich abzugeben verspricht, nicht enthalten, diese persönlichen Verleumdungen im Ton schadenfroher Klatschbasen zu behandeln.

Da spielt zunächst mein so oft schon breit getretener Wechsel eine Rolle, auf dem der jetzige Unterstaatssekretär Tilea

unterschrieben war. Obwohl es eine Privatsache ist, die keinen Menschen etwas angeht, ob, von wem und zu welchem Zweck ich meine Wechsel girieren lasse, so habe ich über diesen Fall folgendes zu sagen: Tilea ist ein Schüler von mir gewesen. Wir stehen seit Jahren in einem wirklichen echten Freundschaftsverhältnis zueinander. Ich bin stolz darauf einen so vornehmen Charakter und feinen Menschen zu meinen Freunden zählen zu können. Der Wechsel ist von mir längst bezahlt worden u. die ganze Angelegenheit erledigt. Neugeboren, der genau wissen muss, dass das Gegenteil wahr ist, schreibt, der „damalige Saatssekretär Tilea“ habe mir den Wechsel unterschrieben. Das ist natürlich nicht wahr. Tilea war damals einfacher Abgeordneter wie ich und niemand dachte daran, dass er bald Staatssekretär werden würde. Warum verschweigt das Neugeboren und nennt Tilea gegen besseres Wissen den „damaligen Saatssekretär“? Offenbar nur darum, um in der Oeffentlichkeit den Verdacht zu erwecken, dass ich mir von einem Regierungsvertreter einen Wechsel girieren und wohl auch bezahlen lasse. Das ist der echte Neugeboren, der ohne gehässige Verleumdungen einfach nicht leben kann. Er wird sie zu bezahlen haben!

In seiner Broschüre wird weiter behauptet, ich habe in ungarischer Zeit, um Gemüse zu verkaufen, meinen politischen Einfluss bei den — Militärbehörden eingesetzt. Er wird sich dafür vor Gericht zu verantworten haben. Ich habe mich mit den Geschäften der schon erwähnten Warenabteilung des deutschen Bauernbundes überhaupt nicht abgegeben. An Militär ist meines Wissens überhaupt nicht geliefert worden. Ich konnte mich mit den Geschäften auch schon deshalb nicht befassen, weil ich vom Mai 1915 bis 1918 als Soldat im 31. Infanterieregiment diente. Neugeboren wird hoffentlich in der Lage sein, die Militär- oder Zivilstellen zu nennen, bei denen ich wegen eines Gemüsegeschäftes oder eines anderen Geschäftes wegen interveniert habe. Wenn nicht, so bleibt er eben der altbekannte Verleumder, der dafür seine Strafe erhalten wird.

Es dürfte hier am Platze sein, ein Wort über die Interventionen eines Abgeordneten in unsern Verhältnissen zu sagen und zu versuchen, die unaufrichtige Heuchelei, die dabei zur Mode geworden ist, einmal etwas zu beleuchten. Auf der einen Seite verlangt man allgemein von uns Abgeordneten, den Wählern in jeder Angelegenheit — ich kann davon etwas erzählen! — zur Verfügung zu stehen und für sie überall zu intervenieren. Tut man's nicht, denn verpflichtet dazu ist kein Abgeordneter, heisst es: der Abgeordnete tut seine Pflicht nicht und vernachlässigt seinen Wahlkreis. Meine Gegner sammeln ja geradezu unter der Wählerschaft Material, um zu zeigen, dass ich nicht oder falsch oder nachlässig interveniere. Wenn nun der Abgeordnete wirklich interveniert, so ist die Regel die, dass er bei günstigem Ergebnis im besten Fall mit einem „Danke“ und mit den fast nie ersetzten Barauslagen vorlieb nehmen muss. Im Falle eines ungünstigen Ergebnisses wird er in Grund und Boden verurteilt. Nun handelt es sich ja darum, dass der Abgeordnete nicht intervenieren soll, wenn er dadurch einen mittelbaren oder unmittel-

baren Vorteil hat. Sehr richtig. Von dem Fall direkter barer Bezahlung einer Intervention will ich hier absehen, weil er unter uns doch kaum vorkommen dürfte; aber indirekte Bezahlung, indem für ein Geschäft oder ein Unternehmen interveniert wird, an dem man irgendwie beteiligt ist. Soll ein Advokat in der Sache eines Klienten, mag sie noch so gerecht sein, nicht intervenieren dürfen? Soll ein Abgeordneter für jedermann, aber nicht für einen ihm freundschaftlich oder verwandtschaftlich Nahestehenden intervenieren dürfen, wenn die Sache noch so rein und einwandfrei ist? Ein Fall: das Unternehmen, an dem ein mir sehr nahestehender Familienangehöriger beteiligt ist, war in einer Lizitationsverhandlung entgegen dem Gesetz behandelt worden. Ich intervenierte und erreichte, dass die Arbeit dem Unternehmen, so wie es recht und billig war, zugesprochen wurde, wodurch mein Familienmitglied einen Vorteil hatte. Sollte ich da nicht intervenieren? Solche und ähnliche Fälle kann man ver Hundertfachen. Wer gegen Bezahlung interveniert, ist inkompatibel; aber von da angefangen gibt es weite Grenzen, die man nicht mit Gehässigkeit, sondern nur mit etwas Vertrauen ziehen kann. Ein solches Vertrauen von vornherein abzuschneiden, ist unanständig.

Meine Gegner schämen sich nicht, sich auch mit anderen Privatangelegenheiten von mir zu befassen und allen Klatsch aufzurühren, dessen sie habhaft werden können. Ich gehe darauf nur noch vor Gericht ein. Etwas anderes ist es, wenn Neugeborenen versucht, wegen meines „luxuriösen Lebens“ (eine ganz infame Verleumdung) und meiner öfteren „Sanierung“ den Hass anderer gegen mich zu erwecken, indem er mit mitleidigem Augenaufschlag an die hungernden Pfarrer und Lehrer und an unsere notleidenden Kulturanstalten erinnert. Er, der selbst das dreifache Gehalt eines Pfarrers und Lehrers bezieht in einer Stelle, die er nach weinerlichen Bitt- und Bettelgängen erhalten konnte, versucht ohne jede Kenntnis der näheren Umstände Hass und Neid zu erregen, als ob davon nicht eine genügende Menge unter uns schon vorhanden wäre. Auch dies geschieht wohl „für unser Volk“ und in Erfüllung „einer ernstesten Gewissenspflicht.“ Wie muss es im Inneren eines solchen bedauernswerten Mannes ausschauen, der auf solche Weise sich und sein Volk vor der Oeffentlichkeit prostituiert!

Nun der Fall Jentzsch. Der Sechser Ausschuss hat den Tatbestand geprüft. Die Angelegenheit ist für mich erledigt. Nicht nur die Klage, sondern auch alle Behauptungen der Klage sind zurückgezogen worden. Um Geschäfte hat es sich hier nicht gehandelt, sondern um etwas ganz anders, dessen sich alle diejenigen zu schämen haben, die diese Sache gegen mich vor die Oeffentlichkeit gezerrt und damit sich der Vorschubleistung eines Schurkenstreiches schuldig gemacht haben. In allen diesen Angelegenheiten habe ich weder Geld verlangt noch erhalten, sondern sehr hohe Auslagen gehabt, die ich nie zurückbekommen werde. Wer anderes sagt und verbreitet, wird es mit dem Gericht zu tun bekommen.

Eines möchte ich hier um der Wahrheit willen noch sagen. Wenn es mir gelungen wäre, die von einem grossen Welthause unserem Staat angebotene Stabilisierungsanleihe und die damit

im Zusammenhang stehende Sanierung unserer sächsischen Bauern und Bürger durchzubringen, was ja ernstlich geplant war, und es hätte dann der Vertreter der Bank, falls er selber eine Tantieme bekommen hätte, mir davon etwas angeboten, hätte ich es ruhig angenommen. Was hätte Neugeboren und seine neuesten Parteifreunde in diesem Falle getan? Wollen wir eine Volksabstimmung darüber einleiten? Doch ich wiederhole nochmals: Ich habe in allen diesen Angelegenheiten nie Geld verlangt oder erhalten, sondern Auslagen gehabt, die mir nicht zurückerstattet worden sind.

IX.

Schluss.

Ich bin mit diesen Auseinandersetzungen zu Ende und kann mir nun die Hände reinigen. Vielleicht — ich will trotz allem noch daran glauben — wird durch meine Broschüre der Kampf wenigstens etwas auf das Gebiet der Auseinandersetzung über sachliche Probleme verschoben, mit denen ich mich hier befasst habe. Ich habe mich bemüht, ruhig und sachlich zu sein, obwohl ich Gegnern gegenüberstehe, die in ihrer Hemmungslosigkeit und Verblendung ganz darauf vergessen, dass ich schliesslich ein „Volksgenosse“ von ihnen bin und dass sie mit ihrer Methode unser Volk auseinanderreiben und vor der fremden Oeffentlichkeit kompromittieren. Dabei verlangen diese Herren, die mich vor aller Welt in meiner Ehre beschmutzen, ich solle gestatten, dass sie sich hinter die 4 Wände eines Schiedsgerichtes verkriechen können. Das hätten sie bedenken sollen, als sie ihre verbrecherischen Angriffe begannen. Jetzt ist es zu spät. Jetzt werden sie vor Gericht die Folgen zu tragen haben. Das Schiedsgericht habe ich deshalb nicht abgelehnt, ich fordere es ja selbst. Wenn die Oeffentlichkeit in unserem Volk dies Vorgehen von Volksverbrechern und Verrätern an unserer deutschen Sache, die sich nicht schämen, die reine Flagge der völkischen Bewegung im Mutterland hier mit ihrem Unrat und Gestank zu beschmutzen, duldet, so sind wir nichts weiter wert, als zusammenzupacken und unsere Volksbude zu schliessen. Allerdings nehme ich an, dass angesichts solcher Hemmungslosigkeiten, die von unserer Opposition zum Programm erhoben worden sind, eine reinliche Scheidung unter uns eintreten wird; denn eine reinliche Absonderung von diesen Elementen des Schmutzes und der niedrigen Gesinnung ist das einzig Mögliche. In letzter Stunde muss verhindert werden,

dass der Nationalsozialismus des deutschen Mutterlandes hier restlos kompromittiert,

die Gestalt des Reichskanzlers Hitler durch unreife Schwätzer vor der rumänischen Oeffentlichkeit erniedrigt wird, und

dass Wirrköpfe und politische Kinder in einem

der gefährlichsten Augenblicke unserer Volksgeschichte all das, was unser Volk im Laufe der Zeit mühsam zusammengebracht und erhalten hat, einfach vergeuden und zerstören, statt es auszubauen und mit neuem Leben zu erfüllen.

Wir müssen verhindern,

dass wir durch hemmungsloses Schreiertum in diesem Staate zu komischen Figuren werden,

dass an Stelle sachlicher Auseinandersetzung schimpflicher Terrortritt, und an die Stelle aufbauender Arbeit belanglose Aeusserlichkeiten, nationale Phrasen hohlster Art und die Beschimpfung derer, die jahrzehntelang im Volksdienst gestanden und für ihre Arbeit wenigstens das Recht haben, zu fordern, dass man ihre persönliche Ehre in Frieden lässt.

Alle Volksgenossen, Bürger und Bauern, fordere ich in letzter Stunde auf, sich auf das bessere Selbst in uns zu besinnen, und unser Volk vor einer der ernstesten Gefährdungen seiner Zukunft zu bewahren!

Wir erfüllen damit eine geschichtliche Aufgabe für unser Volk und für unsere deutsche Gesamtnation!

.....



GRAPHISCHE ANSTALT „ARTA“

BUKAREST

STRADA SF. IONICA 10

Atadva O Sz. K.-nek

35.568-1940. IV száma

V. K. M. rend. alapján.

